

Anabel Guntermann

Geschäftsleiterverantwortung bei wahrscheinlicher Insolvenz



Nomos

Schriften zum Insolvenzrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Ehricke, Universität zu Köln und
Prof. Dr. Florian Jacoby, Universität Bielefeld

Band 85

Anabel Guntermann

Geschäftsleiterverantwortung bei wahrscheinlicher Insolvenz



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Bucerius Law School, Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8467-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-2848-5 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde von der Bucerius Law School im Sommertrimester 2021 als Dissertation angenommen. Die mündliche Promotionsprüfung fand am 7. Juli 2021 statt. Das Manuskript wurde für die Veröffentlichung aktualisiert und ergänzt, wobei Rechtsprechung und Literatur bis Juni 2021 berücksichtigt werden konnten.

Diese Dissertation entstand während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin meines Doktorvaters, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Karsten Schmidt, dem mein besonderer Dank gilt. Die gewährte Freiheit bei der Themenwahl, seine stetige Diskussionsfreude und seine Unterstützung, besonders bei der Organisation zweier Forschungsaufenthalte, haben maßgeblich zum Gelingen dieser Untersuchung beigetragen. Ich behalte die Zeit als Mitarbeiterin als überaus lehrreiche und schöne Zeit in Erinnerung.

Herrn Professor Dr. Matthias Jacobs danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und seine wertvollen Anmerkungen. Herrn Professor Dr. Ulrich Ehrlicke und Herrn Professor Dr. Florian Jacoby gebührt mein Dank für die Aufnahme in diese Schriftenreihe. Für die finanzielle und ideelle Förderung während meines Studiums und meiner Promotion danke ich der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die diese Arbeit mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert hat. Der Bucerius Law School danke ich für die finanzielle Unterstützung meines Forschungsaufenthalts in Oxford.

Herzlich danken möchte ich Professor Louise Gullifer, Professor Jennifer Payne, Professor John Armour und Professor Paul L. Davies für die wertvollen Denkanstöße zum englischen Recht im Rahmen meines Forschungsaufenthalts am Harris Manchester College der University of Oxford. Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Horst Eidenmüller und Herrn Professor Dr. Alexander Schall für die hervorragende Betreuung in Oxford. Großer Dank gebührt zudem Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Paul Oberhammer für lehrreiche und inspirierende Gespräche im Rahmen meines Forschungsaufenthalts an der Universität Wien und die erstklassige Betreuung am Institut für Zivilverfahrensrecht. Für Einblicke in die österreichische Insolvenz- und Restrukturierungspraxis möchte ich namentlich Frau Dr. Ulla Reisch und Herrn Dr. Stephan Riel danken. Für viele ertragreiche Diskussionen, die sorgfältige Unterstützung bei der

Vorwort

Endredaktion und guten Zuspruch danke ich Dr. Benedikt Kruse, Dr. Fabian Schulze, Hendrike Diesselhorst und Katharina Funcke.

Der größte Dank aber gebührt meinen Eltern Eva Roth-Guntermann und Rainer Guntermann, die mich liebevoll auf meinem Weg begleiten und in jeder Lebenssituation bedingungslos unterstützen, meinem Partner Dr. Maximilian Stumpp, der mir stets verständnis- und liebevoll zur Seite steht und dessen uneingeschränkter Rückhalt den Weg über jeden Stein bei der Anfertigung und Vollendung dieser Arbeit geebnet hat, sowie meinem Großvater Dr. Johannes Guntermann, der den Abschluss meiner Dissertation sehr gerne miterlebt hätte und mich bis zuletzt voller Freude in meinem Vorhaben bestärkt hat. Euch ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, im August 2021

Anabel Guntermann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Zum Anliegen dieser Untersuchung	25
Erster Teil: Pflichtenbindung des Geschäftsleiters in der Unternehmenskrise	28
§ 1 Gläubigerschutz durch Insolvenz- und Gesellschaftsrecht	29
A. Primat der Gläubiger in der Insolvenz	29
I. Die materielle Insolvenz als Einschnitt im Leben der Gesellschaft	29
II. Insolvenzgründe als Einfallstor in ein neues Rechtsregime	31
1. Haftungsbewehrtes Zahlungsverbot bei materieller Insolvenz	31
2. Insolvenzverschleppungshaftung	32
a) Haftung wegen Insolvenzverschleppung nach § 823 Abs. 2 BGB iVm § 15a Abs. 1 InsO	32
b) Haftung wegen Insolvenzverschleppung nach § 826 BGB	34
III. Auswirkung auf die Pflichtenbindung der Leitungsorgane	35
B. Gläubigerschutz außerhalb der Insolvenz	35
I. Die Unternehmenskrise	36
II. Die Unternehmenskrise in der Rechtsentwicklung	38
1. Das Insolvenzrecht schreitet voran	39
a) Frühe Anfänge: Von Zwangsvergleich und konkursabwendendem Vergleich	39
b) Alles neu macht die Insolvenzordnung	41
c) Dauerbaustelle Insolvenzordnung	41
2. Das Gesellschaftsrecht zieht nach	43
a) Die europäische Restrukturierungs-Richtlinie	43
aa) Hintergrund und Ziele der Restrukturierungs-Richtlinie	44
bb) Rechtspolitische Kritik	46
b) Das Unternehmensstabilisierungs- und Restrukturierungsgesetz (StaRUG)	49
3. Zwischenresümee	50

Inhaltsverzeichnis

III. Situativer Gläubigerschutz in der Unternehmenskrise	51
1. Kapitalschutz	53
2. Finanzverantwortung und Pflicht zur ständigen Solvenzprüfung	54
3. Sanierungspflicht	56
a) Zeitlicher Anwendungsbereich der Sanierungspflicht	57
b) Inhaltliche Ausgestaltung	57
c) Ermessensspielraum	58
aa) Eingeschränkter Ermessensspielraum des Geschäftsführers einer GmbH	58
bb) Weite Entscheidungsbefugnisse des Vorstands einer AG	59
d) Haftung	60
4. Haftungsbewehrtes Zahlungsverbot vor der materiellen Insolvenz	61
5. Aufklärungspflichten gegenüber den Gläubigern	62
a) Keine verbandsrechtlichen Aufklärungspflichten gegenüber Gläubigern	62
b) Bürgerlich-rechtliche Aufklärungspflichten	64
6. Gläubigerschützende Elemente im StaRUG	67
IV. Treuhänderische Bindung der Geschäftsleiter	68
1. Das shareholder value-Konzept in Reinform	70
2. Das stakeholder value-Konzept	70
3. Das moderate shareholder value-Konzept	71
a) Die Entwicklung der Pflichtenbindung in Großbritannien	71
b) Das moderate shareholder value-Konzept in Deutschland	73
4. Die treuhänderische Bindung in der Krise	74
5. Der gescheiterte Paradigmenwechsel durch das StaRUG	76
§ 2 Neuausrichtung der Pflichtenbindung der Geschäftsleiter in der Unternehmenskrise	79
A. Schutzlücken im Gläubigerschutzregime	79
B. Neue Impulse durch die Restrukturierungs-Richtlinie	84
I. Weitreichende Eingriffe in Gläubigerrechte	84
1. Niedrige Zutrittsschwelle	85
2. Geringe gerichtliche Beteiligung	86

3. Ruhen der Insolvenzantragspflicht nach § 42 Abs. 1 StaRUG	87
4. Aussetzung der Einzelvollstreckung (Moratorium)	88
5. Cross-class cram-down und abgeschwächte absolute priority rule	89
6. Weitgehendes Leerlaufen des Kriteriums des Gläubigerinteresses	90
7. Eigenverwaltung durch den Schuldner	91
8. Zwischenresümee	92
II. Starke Betonung der Gläubigerinteressen: Pflichtenbindung der Geschäftsleiter nach der Restrukturierungs-Richtlinie	92
1. Insolvenzvermeidungspflicht (Art. 19 lit. b RRL)	94
2. Vermögenssicherungspflicht (Art. 19 lit. c RRL)	94
3. Interessenberücksichtigungspflicht (Art. 19 lit. a RRL)	95
4. Bedeutung für die Pflichtenbindung der Geschäftsleiter	96
5. Zwischenresümee	97
III. Richtlinienkonforme Umsetzung im StaRUG?	98
C. Rahmenbedingungen für eine richtlinienkonforme Umsetzung	100
I. Zeitpunkt	101
II. Orientierung an den nationalen Rechten einzelner Länder	104
1. Englischs Restrukturierungsrecht als Blaupause	105
2. Bedeutung des amerikanischen chapter 11-Verfahrens	109
3. Das Reorganisationsverfahren nach dem österreichischen Unternehmensreorganisationsgesetz	111
Zweiter Teil: Rechtsvergleich	113
§ 3 Rechtsvergleich mit Großbritannien	114
A. Grundlagen des englischen Restrukturierungsrechts	114
I. Die englische Sanierungskultur (rescue culture)	114
II. Der präventive Restrukturierungsrahmen in Großbritannien	116
1. Vertragliche Restrukturierungen	117
2. Administration	118
a) Überblick	118
b) Praktische Anwendung: Prepack administration	120
3. Company Voluntary Arrangement	121

Inhaltsverzeichnis

4. Scheme of arrangement	123
a) Überblick	124
b) Ablauf eines scheme of arrangement	125
5. Kombinierbarkeit verschiedener Verfahrenstypen	126
6. Reform des britischen Restrukturierungsregimes	127
a) Erhalt des Sanierungsstandorts Großbritannien	128
b) Der Corporate Insolvency and Governance Act vom 26. Juni 2020	129
III. Ein schuldnerfreundliches Restrukturierungsrecht – oder doch nicht?	130
B. Primat der Gläubiger in der Insolvenz	131
I. Zeitpunkt der materiellen Insolvenz	132
1. Der cash flow-Test	132
2. Der balance sheet-Test	133
3. Weitere Ansätze zur Bestimmung des Insolvenzzeitpunkts	133
II. Haftung wegen „Insolvenzverschleppung“	134
III. Vorrang der Gläubigerinteressen in der Insolvenz	135
C. Gläubigerschutz außerhalb der Insolvenz	137
I. Allgemeines englisches Gläubigerschutzregime	137
1. Kapitalschutz	138
2. Publizitätsvorschriften	139
3. Anfechtungsrecht	139
4. Tätigkeitsverbote	140
II. Besonderer gesetzlicher Gläubigerschutz in der Unternehmenskrise?	141
D. Die treuhänderische Bindung der Geschäftsleiter in Großbritannien	142
I. Der shift of fiduciary duties in England	143
1. Rechtsnatur der duty for the benefit of creditors	143
2. Entstehungsgeschichte der directors' duty for the benefit of creditors in Insolvenznähe	144
a) Case Law	144
b) Die gesetzliche Anerkennung des shift of fiduciary duties in Sec. 172(3) CA 2006	145
aa) Abschlussbericht der Company Law Review Steering Group	145
bb) Das erste White Paper der britischen Regierung (2002)	146

cc) Der Companies Act 2006	147
II. Ausgestaltung und Inhalt der fiduciary duties zugunsten der Gläubiger	148
1. Binnenverpflichtung gegenüber der Gesellschaft	148
2. Pflichtauslösender Zeitpunkt	149
a) Heterogene Rechtsprechung	149
b) Das Grundsatzurteil BTI v Sequana 2019	150
aa) Sachverhalt	150
bb) Inhalt des Urteils	151
c) Bedeutung des Falls BTI v Sequana	154
3. Tragweite der Gläubigerinteressen	155
a) Vorrang der Gläubigerinteressen bei wahrscheinlicher Insolvenz	156
b) Kein genereller Vorrang	156
c) Sliding scale liability	157
d) Entity maximisation approach	158
4. Vor- und Nachrang verschiedener Gläubigergruppen?	159
5. Subjektiver Maßstab hinsichtlich haftungs begründenden Verhaltens	160
III. Kasuistik	161
1. Allgemeine Verhaltensstandards als Regelungstechnik	162
2. Verletzung der Vermögenssicherungspflicht	163
3. Spekulative, rücksichtslose und solvenzgefährdende Verhaltensweisen	164
4. Vermögensverschiebungen ohne marktübliche Gegenleistung	165
5. „Insolvenzverschleppung“	166
a) Haftung wegen wrongful trading (Sec. 214 Insolvency Act 1986)	167
b) Verhältnis der Verletzung von fiduciary duties zugunsten der Gläubiger zur Haftung wegen wrongful trading (Sec. 214 IA 1986)	169
c) Eigenständiger Anwendungsbereich der Haftung wegen Verletzung von fiduciary duties zugunsten der Gläubiger bei „Insolvenzverschleppung“	170
IV. Durchsetzung des shift of fiduciary duties	171
1. Rechtsfolgen einer Verletzung von fiduciary duties	171
a) Law of Equity	171
b) Disqualifizierung	172

Inhaltsverzeichnis

2. Haftungsmodalitäten	177
a) Freiraum für unternehmerische Entscheidungen	177
b) Kein Haftungsausschluss durch Gesellschafter	177
3. Geltendmachung einer unvollkommenen Pflicht	178
E. Ergebnisse des Rechtsvergleichs mit Großbritannien	180
§ 4 Rechtsvergleich mit Österreich	181
A. Das vorinsolvenzliche Sanierungsverfahren nach dem URG im Überblick	182
I. Grundlagen	183
1. Einleitung des Reorganisationsverfahrens	184
2. Reorganisationsplan und Planabstimmung	184
3. Aufgaben des Reorganisationsprüfers	185
4. Durchführung des Reorganisationsplans	186
II. Rechtspolitische Kritik	187
1. Fehlen von Sanierungsinstrumenten	188
2. Fehlende Diskretion	189
3. Starre Kennzahlen	190
4. Sorge vor einer negativen Beurteilung durch den Reorganisationsprüfer	190
5. Fehlende Gläubigerschutzinstrumente	190
6. Hohe Kosten des Reorganisationsverfahrens	191
B. Die Geschäftsleiterhaftung im österreichischen Reorganisationsverfahren	191
I. Das Reorganisationsverfahren – ein freiwilliges Sanierungsinstrument?	192
II. Persönlicher Anwendungsbereich	193
1. Mitglieder des Vertretungsorgans einer juristischen Person	193
2. Beschränkung auf prüfungspflichtige juristische Personen	194
III. Nachgelagerte Insolvenz	194
IV. Keine Erforderlichkeit von Rechtswidrigkeit und Verschulden	195
V. Haftungsgrund: Sanierungsverschleppung	195
VI. Exkulpationsmöglichkeiten	199
1. Haftung nur für dissentierende Organmitglieder	199

2. Fehlende Zustimmung des Aufsichtsrats oder der Gesellschafterversammlung bzw. entgegenstehende Weisung	199
3. Wegfall des Reorganisationsbedarfs	200
VII. Konzeption als Binnenhaftung, Geltendmachung der Haftung und Dispositionsbefugnis der Gesellschafter	200
VIII. Haftungsinhalt und -begrenzung	201
IX. Fehlende praktische Relevanz des Haftungstatbestands	201
C. Ergebnisse des Rechtsvergleichs mit Österreich	202
Dritter Teil: Entwicklungsperspektiven	204
§ 5 Pflichtenregime	205
A. Bedeutung der Gläubigerinteressen bei wahrscheinlicher Insolvenz	205
I. Gewichtungansätze	206
1. Absoluter Vorrang der Gläubigerinteressen	206
2. Graduelle Entwicklung	206
a) Grundlagen	206
b) Ausgestaltung	207
3. Die Position des StaRUG-RegE	208
II. Erkenntnisse aus dem Rechtsvergleich mit Großbritannien	210
III. Plädoyer für einen graduellen und flexiblen Ansatz	211
B. Einschränkung der Gesellschafterbefugnisse	213
C. Gesetzgebungsvorschlag	215
I. Allgemeiner Verhaltensstandard vs. konkrete Handlungspflicht	215
II. Erforderlichkeit einer gesetzlichen Normierung	218
III. Regelungsvorschlag für das AktG und das GmbHG	220
D. Konturierung der Interessenberücksichtigungspflicht	222
I. Intensivierung der treuhänderischen Bindung mit zunehmender Krise	222
II. Kasuistik	224
1. Sanierungspflicht	225
2. Risikoreiche Geschäfte	226
3. Vermögensverschiebungen ohne marktüblichen Gegenwert	229

Inhaltsverzeichnis

4. Pflicht zur Nutzung des präventiven Restrukturierungsrahmens?	229
5. Insolvenzantragspflicht ohne materielle Insolvenz?	230
III. Absoluter Vorrang von Gläubigerinteressen am Rande der Insolvenz?	230
E. Resümee	231
§ 6 Sanktionsregime	232
A. Gläubigerpartizipation durch Informations- und Aufklärungspflichten	232
B. Zivilrechtliche Haftung der Geschäftsleiter	234
I. Haftungstatbestände des StaRUG	235
II. Lehren aus § 3 StaRUG-RegE	236
1. Binnenhaftung	236
2. Kein Verzicht auf Ersatzansprüche durch die Gesellschafter	237
3. Haftungsgrund	237
4. Außenhaftung bei Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache	238
III. Eigener Reformansatz	239
1. Haftungsgrund	239
a) Haftung wegen Bestandsgefährdung der Gesellschaft	239
b) Haftung wegen unterbliebener Nutzung des präventiven Restrukturierungsrahmens	240
c) Haftung wegen Sanierungsverschleppung	241
d) Plädoyer für die Einführung einer Sanierungsverschleppungshaftung	242
2. Binnen- oder Außenhaftung	243
3. Persönlicher Anwendungsbereich: Beschränkung auf prüfungspflichtige Gesellschaften?	246
4. Verschulden	247
5. Modifizierte Business Judgment Rule	248
6. Haftungsinhalt	250
7. Haftungsdeckelung?	251
8. Haftung als Gesamtschuldner	251
9. Einschränkung der Gesellschafterbefugnisse	252
10. Beschränkung auf Fälle mit nachgelagerter Insolvenz	253
11. Verfolgungsrecht der Gläubiger	253
12. Standort des Haftungstatbestands	255

IV. Regelungsvorschlag für eine Sanierungsverschleppungshaftung	255
1. Regelungsvorschlag im Aktienrecht: § 93 Abs. 3a AktG n.F.	255
2. Regelungsvorschlag im GmbH-Recht: § 43 Abs. 3a GmbHG n.F.	256
C. Hoheitliche Sanktionierung	257
I. Einführung eines neuen Ordnungswidrigkeitentatbestands	257
II. Einführung eines Tätigkeitsverbots nach englischem Vorbild	259
1. Gründe für und gegen ein Tätigkeitsverbot nach englischem Vorbild	259
2. Umsetzbarkeit im deutschen Recht	261
§ 7 Ausblick	265
Vierter Teil: Wesentliche Ergebnisse	266
Literaturverzeichnis	271

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz / Absätze
AC	Appeal Cases
AG	Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz (Deutschland)
Allg.	Allgemein/e
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung /Anmerkungen
Art.	Artikel / Article
Aufl.	Auflage
Ausf.	Ausführlich
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BCC / B.C.C.	British Company Cases
BCLC / B.C.L.C.	British Company Law Cases / Butterworths Company Law Cases
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründung / Begründer
BegrRegE	Begründung des Regierungsentwurfs
BEIS	Department for Business, Energy & Industrial Strategy
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz (Deutschland)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesjustizministerium
BMJV	Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
BPIR	Bankruptcy and Personal Insolvency Reports

Abkürzungsverzeichnis

Brook. J. Corp. Fin. & Com. L	Brooklyn Journal of Corporate, Financial & Commercial Law (Zeitschrift)
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
Bus. L. R.	Business Law Reports
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
C.L.J.	Cambridge Law Journal (Zeitschrift)
CA	Companies Act
CDDA	Company Directors Disqualification Act
Ch.	Chancery Division
CIG	Corporate Insolvency and Governance Act
Civ.	Civil division
CLR	Columbia Law Review (Zeitschrift) / Company Law Review Steering Group / Commonwealth Law Report
CLRSG	Company Law Review Steering Group
Cm	Command Paper
Cmnd.	Command
COVInsAG	Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht (Deutschland)
Cr App R	Criminal Appeal Reports
CSR	Corporate Social Responsibility
d.h.	das heißt
D.L.J.	Duke Law Journal (Zeitschrift)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
Del.	Delaware
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
DJT	Deutscher Juristentag
DK	Der Konzern (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DTI	Department of Trade and Industry
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EBLR	European Business Law Review (Zeitschrift)
EBOR	European Business Organization Law Review (Zeitschrift)

ECFR	European Company and Financial Law Review (Zeitschrift)
Ed.	Edition
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (Deutschland)
Einl.	Einleitung
EKEG	Eigenkapitalersatz-Gesetz (Österreich)
ErwG	Erwägungsgrund / Erwägungsgründe
ESUG	Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (Deutschland)
et al.	et alii / et aliae / et alia (und andere)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
EUR	Euro
EWCA Civ.	Court of Appeal of England and Wales (Civil Division)
EWHC	High Court of Justice (High Court of England and Wales)
f. (ff.)	Folgende (Plural)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
Geo L.J.	The Georgetown Law Journal (Zeitschrift)
GewA	Zeitschrift für Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung (Deutschland)
GG	Grundgesetz (Deutschland)
GK	Großkommentar
GLJ	German Law Journal (Zeitschrift)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Deutschland)
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
HCA	High Court of Australia
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch (Deutschland)
hM	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber

Abkürzungsverzeichnis

i.S.d.	im Sinne des
i.w.S.	im weiteren Sinne
IA	Insolvency Act
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer e.V.
IDW S 6	IDW Standard: Anforderungen an die Erstellung von Sanierungskonzepten
ILR	International Insolvency Law Review (Zeitschrift)
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung (Deutschland)
Insolv. Int.	Insolvency Intelligence (Zeitschrift)
Int. Insolv. Rev.	International Insolvency Review (Zeitschrift)
IO	Insolvenzordnung (Österreich)
IRÄG	Insolvenzrechtsänderungsgesetz (Österreich)
iVm	in Verbindung mit
J	Judge
J.B.L.	Journal of Business Law (Zeitschrift)
J.Bus.&Tech.L.	Journal of Business & Technology Law (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JBl	Juristische Blätter (Zeitschrift)
JCLS	Journal of Corporate Law Studies (Zeitschrift)
JöR	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KB	King's Bench Division
KK	Kölner Kommentar
KO	Konkursordnung (Deutschland)
KOM	Dokumente der Europäischen Kommission
KomE	Kommissionsentwurf
KSchG	Kündigungsschutzgesetz (Deutschland)
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht (Zeitschrift)
L.Q.R.	The Law Quarterly Review (Zeitschrift)
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
Limited / Ltd	private company Limited by shares
liq	liquidation
lit.	litera
LK	Leipziger Kommentar

M.L.R.	Modern Law Review (Zeitschrift)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MAR	Marktmissbrauchsverordnung
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz (Deutschland)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (Deutschland)
MüKo	Münchener Kommentar
n.F.	neue Fassung
N.Y.U.J.L. & Bus	New York University Journal of Law & Business (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift - Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NSWLR	New South Wales Law Reports
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht (Zeitschrift)
NZLR / N.Z.L.R.	New Zealand Law Reports
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Zeitschrift)
O.J.L.S.	Oxford Journal of Legal Studies (Zeitschrift)
ÖBA	Österreichisches BankArchiv (Zeitschrift)
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OGK	Online Großkommentar
öGmbHG	Österreichisches Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
OK	Online-Kommentar
öKO	Österreichische Konkursordnung
OLG	Oberlandesgericht
ÖRdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft (Zeitschrift)
öReO	Österreichische Reorganisationsordnung
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWi	Ordnungswidrigkeiten
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Deutschland)
Plc	public company limited by shares
PR	Public relations
Q.B.	Queens's Bench Division
RefE	Referentenentwurf

Abkürzungsverzeichnis

RegE	Regierungsentwurf
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
RL-E	Richtlinienentwurf
Rn.	Randnummer / Randnummern
RRL	Restrukturierungs-Richtlinie
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz / Seite / Seiten
SanInsFoG	Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (Deutschland)
Sch	Schedule
SchVG	Schuldverschreibungsgesetz (Deutschland)
Sec.	section / sections
Sog.	Sogenannt/e/r
St. Mary's L.J.	St. Mary's Law Journal (Zeitschrift)
StaRUG	Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (Deutschland)
std.	ständige
StGB	Strafgesetzbuch (Deutschland)
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei (Zeitschrift)
TEHG	Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (Deutschland)
u.a.	unter anderem
U.S.C.	Code of Laws of the United States of America
UAbs.	Unterabsatz
UG	Unternehmergesellschaft
UGB	Unternehmensgesetzbuch (Österreich)
URG	Unternehmensreorganisationsgesetz (Österreich)
v.	vom
vgl.	vergleiche
VglO	Vergleichsordnung (Deutschland)
VO	Verordnung
Vol	Volume
Vorbem.	Vorbemerkungen
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (Deutschland)
vs.	versus

Abkürzungsverzeichnis

VWT	Der Wirtschaftstreuhand(er) (Zeitschrift)
WASC	Western Australia Supreme Court
WLR / W.L.R.	Weekly Law Reports
WLUK	Westlaw United Kingdom
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZIK	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz (Zeitschrift)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZRI	Zeitschrift für Restrukturierung und Insolvenz (Zeitschrift)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)

